

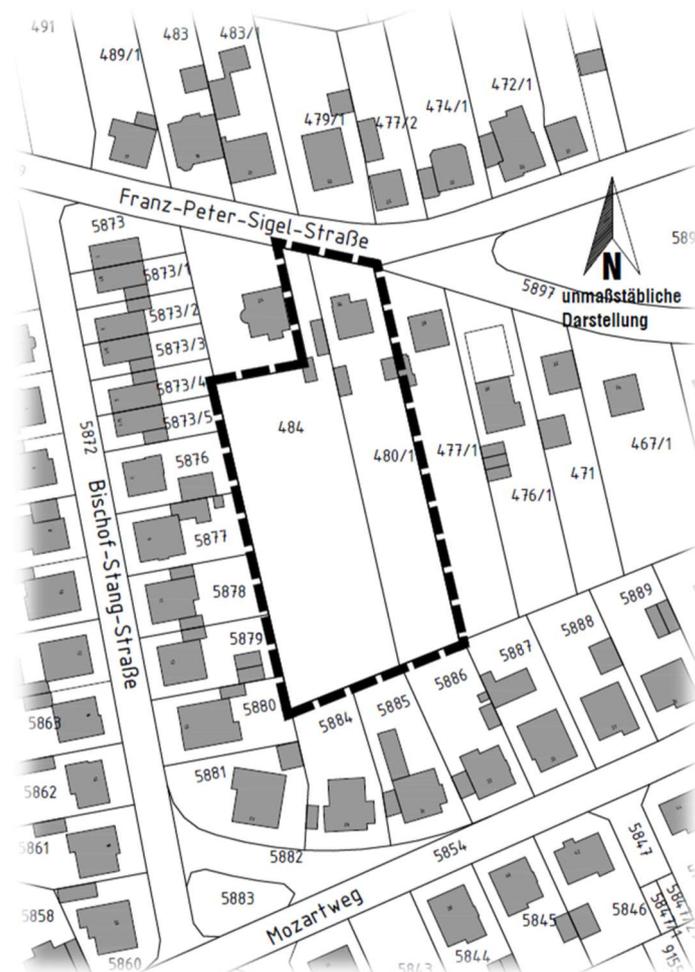
Gemeinde Bad Schönborn Öffentliche Bekanntmachung

Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Franz-Peter-Sigel-Straße 24+26“, Bad Langenbrücken im Verfahren nach § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)

Hier: Satzungsbeschlüsse und Inkrafttreten

Der Gemeinderat der Gemeinde Bad Schönborn hat am 18.01.2022 in öffentlicher Sitzung den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Franz-Peter-Sigel-Straße 24+26“, Bad Langenbrücken gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzungen beschlossen.

In den Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Franz-Peter-Sigel-Straße 24+26“, Bad Langenbrücken werden die Grundstücke Flst.Nr. 484 (Teilbereich) und 480/1 in Langenbrücken einbezogen. Der Geltungsbereich der Planung ergibt sich auch aus der beigefügten Übersichtskarte (unmaßstäbliche Darstellung).



Der Satzungsbeschluss wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Ziel und Zweck der Bauleitplanung ist es, auf den Grundstücken im Geltungsbereich ein gemeinschaftliches Wohnprojekt mit Einzelhäusern und Gemeinschaftseinrichtungen zu errichten. Damit soll dem bisher geringen Angebot und der großen Nachfrage an barrierefreien und altengerechten Wohnungen und Wohneinheiten in der verdichteten Bauweise abgeholfen werden. Das geplante Vorhaben stellt mit seinem gemeinschaftlichen Ansatz, mehrere Generationen in unterschiedlichen Wohnungs- bzw. Hausgrößen zu integrieren, ein zukunftsweisendes Pilotprojekt, mit darüber hinaus nachhaltiger und ressourcenschonender Bauweise, für den ländlichen Raum dar.

Jedermann kann den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften beim Bürgermeisteramt Bad Schönborn, Rathaus Langenbrücken, Huttenstraße 11, Bauamt, Zimmer 20 während der üblichen Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Seit 29.11.2021 ist das Rathaus auf Grund der Corona-Pandemie für Besucher geschlossen. Der Dienstbetrieb der Gemeindeverwaltung bleibt aber aufrechterhalten, so dass die Planunterlagen trotzdem zugänglich sind. Hierfür ist eine telefonische Kontaktaufnahme zur Türöffnung notwendig (Telefonnummer 07253/870-401 oder -409). Eine Terminvereinbarung ist dazu nicht erforderlich. Selbstverständlich ist die Einsichtnahme in die Planunterlagen auch mit einer vorherigen terminlichen Absprache mit dem Bauamt möglich: 07253/870-401 oder per Mail unter jasmin.rausch@bad-schoenborn.de.

Der in Kraft getretene Bebauungsplan samt örtlichen Bauvorschriften mit der Begründung und Anlagen sind zudem auf der Homepage der Gemeinde Bad Schönborn www.bad-schoenborn.de unter Bürger/ Aktuelles/ Planverfahren abrufbar.

Hinweise:

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 - 42 BauGB bezeichneten Vermögensanteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.
2. Nach § 215 Abs. 1 BauGB wird eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.
3. Hinweis 2 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.
4. Nach § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg gilt die Satzung - sofern sie unter der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder aufgrund der Gemeindeordnung ergangener Bestimmungen zustande gekommen ist - ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

a.) die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist,

b.) der Bürgermeister den Beschlüssen nach § 43 Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat, oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. b geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Gemeinde Bad Schönborn, den 17.02.2022

gez.

Klaus Detlev Hüge

Bürgermeister